



22. März 2023

**Schriftliche Anfrage**

von Ann-Catherine Nabholz (GLP)  
und Sven Sobernheim (GLP)

Zürich erlebt zurzeit eine stark gesteigerte Bautätigkeit im Bereich des Wohnungsbaus. Dieser Verdichtungsprozess akzentuiert sich besonders in Quartieren, wie Witikon, wo gleich an verschiedenen Orten, grössere Siedlungen aus den 1950er und 1960er Jahren abgerissen und durch Neubauten ersetzt werden. Die Gleichzeitigkeit der Bautätigkeit treibt viele Mieter:innen aus ihren Wohnungen auf einen bereits ausgetrockneten Wohnungsmarkt. Auffällig ist dabei, dass es sich bei den Betroffenen oft um Menschen im Pensionsalter handelt, die die heute marktüblichen Mieten nicht aufbringen können. Die Koordination dieser Bautätigkeit und gegebenenfalls eine zeitliche Staffelung der Bautätigkeit könnte die Situation entschärfen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie sieht die Stadt Zürich ihre Rolle bei der Unterstützung der Mieter:innen im Zusammenhang mit der erhöhten Bautätigkeit im Rahmen der Verdichtung?
2. Was gibt es für Modelle, um vor allem ältere und andere vulnerable Mieter:innen möglichst effizient bei der Wohnungssuche zu unterstützen?
3. Wäre als Ergänzung zu den unterschiedlichen Beratungsstellen eine Koordinationsstelle aus Sicht des Stadtrats zielführend? Falls ja, in welchem Departement wäre diese unterzubringen?
4. Welche Strategien antizipiert der Stadtrat, um die Auswirkungen der nächsten BZO Revision auf die Mieter:innen zu begleiten?
5. Was gibt es für Überlegungen (Anlaufstellen etc.) um im Ernstfall Obdachlosigkeit zu verhindern?
6. Gemäss dem kommunalen Siedlungsrichtplan soll die Stadt darauf hinwirken, dass der Bestand schrittweise erneuert und verdichtet wird. Mit welchen Handlungsansätzen gedenkt der Stadtrat diese Vorgabe umzusetzen?
7. Wie steht der Stadtrat zu Anreizmitteln, die auf eine etappierte Innenverdichtung hinwirken?
8. Wäre es möglich, einen Bonus auf Teilareale zu gewähren unter der Bedingung, dass eine schrittweise Erneuerung des Gesamtareals stattfindet? Falls nein, was spricht dagegen?
9. Könnten die durch den Mehrwertausgleich generierten Mittel auch als Sanierungsanreiz für private Wohnbauträger verwendet werden? Falls ja, wie schätzt der Stadtrat die Wirksamkeit eines solchen Sanierungsanreizes auf aktuelle Probleme betreffend Verdrängung und kreislaufgerechtes Bauen ein?